Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 73. **Dienstag, den 21. Juni 1927.** **30. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte der Reichsfinanzminister, die Besoldungserhöhung der Beamten solle zum 1. Oktober durchgeführt werden.

* Bei einem unwesentlichen Zwischenfall wurde an der Memelgrenze ein deutsches Mädchen von einem litauischen Posten erschossen.

* Die amerikanischen Atlantikflieger, die in Wien eingetroffen sind, haben von München aus eine Dankeskundgebung an das deutsche Volk gerichtet.

* Marschall Tschangtsolin ist in Peking feierlich zum Diktator von China ausgerufen worden.

Berichterstattung Dr. Stresemanns.

Vor der außenpolitischen Debatte.

Die deutsche Delegation, die Deutschland auf der letzten Völkerbundratstagung vertrat, ist wieder nach Berlin zurückgekehrt. Nachdem Reichsaußenminister Dr. Stresemann dem Reichspräsidenten, der übrigens auch den Reichskanzler Marx zu einem Vortrag über die innenpolitische Lage empfangen hat, Bericht über die Ergebnisse der Genfer Ratstagung erstattet hatte, beschäftigte sich auch das Reichskabinett mit der letzten Völkerbundratstagung. Im Laufe dieser Woche, wahrscheinlich am Donnerstag, wird auch der Reichstag Gelegenheit nehmen, während einer großen außenpolitischen Debatte über die Vorgänge in Genf zu sprechen. Wie es heißt, wird der Reichsaußenminister die Aussprache mit einer großen Rede einleiten, in der er einen Rechenschaftsbericht über die Genfer Ratstagung geben wird. Die Regierungsparteien beabsichtigen zu dieser Aussprache nicht einzelne Fraktionsredner vorzuschicken, sondern eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Diesbezügliche interfraktionelle Besprechungen sind bereits im Gange. Viel beachtet in politischen Kreisen wurde die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Montag, die sich mit Genf beschäftigt haben soll. Im übrigen ist auch damit zu rechnen, daß Dr. Stresemann in seiner großen außenpolitischen Rede auf die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten in Luneville zurückkommen wird.

Von gut unterrichteter politischer Seite, die Kreisen der deutschen Genfdelegation nicht ganz entfernt stehen soll, wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Genfer Vorgänge von dem Gesichtspunkt der europäischen Politik aus betrachtet werden müssen. Es wird von dieser Seite betont, daß in Genf die Frage des europäischen Friedens diesmal entscheidend war. Von keiner beteiligten Seite seien Deutschland in bezug auf Rußland irgendwelche Verpflichtungen auferlegt worden. Deutschlands Stellung sei in dieser Frage durch die Verhandlungen in Genf gestärkt worden. Weiter wird erklärt, daß die Memelbeschwerde durch die zwischen Dr. Stresemann und Woldemaras getroffenen persönlichen Vereinbarungen auch nicht befriedigender durch das Eingreifen des Völkerbundrates hätte erledigt werden können. Allgemein wird bedauert, daß Briand durch seine Augenerkrankung, von der er tatsächlich befallen worden ist, vorzeitig Genf verlassen mußte. Durch die plötzliche Abreise sollen aber die Verhandlungen, bei denen es sich um die Herabminderung der Besatzungsstärke handelte, keineswegs auf das tote Gleis gekommen sein. Zum Schluß wird betont, daß es sich bei der Zuwahl Deutschlands in die Mandatskommission durchaus um die Wahrung eines deutschen Interesses handele. Es wird darauf hingewiesen, daß im ehemaligen Deutsch-Ostafrika jetzt noch 800 deutsche Ansiedler leben, ebenso seien auch in Kamerun deutsche Interessen zu wahren. Deutschland müßte also auf den Sitz in der Mandatskommission Wert legen.

Eröffnung der Sitzung des Mandatsausschusses.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes hat seine elfte Tagung mit einer öffentlichen Sitzung eröffnet. Nach der einstimmigen Wiederwahl seines langjährigen Präsidenten, Teodoli (Italien), nahm der Ausschuß den Bericht der Mandatsabteilung des Völkerbundes entgegen und stellte seine Tagesordnung fest, auf der auch gemäß des Ratsbeschlusses der letzten Woche die Frage der Erweiterung des Ausschusses durch ein deutsches Mitglied steht. Die Frage wird, wie fast die gesamte Tagesordnung, also auch eine Bittschrift vom „Bund der deutschen Togoländer", in nichtöffentlicher Sitzung im Laufe der auf etwa vierzehn Tage berechneten Tagung entschieden werden.

Die Genfer Seeabrüstungskonferenz.

Die Genfer Seeabrüstungskonferenz, oder, wie sie auch nach ihrem Einberufer kurz genannt wird, die Coolidge-Konferenz, hat am Montag in Genf ihre Arbeiten aufgenommen. Den Vorsitz auf der Konferenz führt der Gesandte der Vereinigten Staaten in Brüssel, Gibson. Diese Dreimächtekonferenz, zu der einige Staaten auch einen Beobachter entsenden, ist die Fortsetzung der Washingtoner Konferenz vom November 1921, die die Gesamttonnage der Großkampfschiffe für die Vereinigten Staaten und Großbritannien auf je 525 000 Tonnen, für Japan auf 315 000 Tonnen und für Frankreich und Italien auf je 175 000 Tonnen beschränkte. Das Abkommen bestimmte ferner, daß Großkampfschiffe über 35 000 Tonnen nicht gebaut werden sollen und keine Geschütze über 406 Millimeter tragen dürfen. Die jetzige Konferenz soll nun das Abkommen auf die kleineren Schiffstypen, Kreuzer, Torpedo- und U-Boote erweitern.

Die Erhöhung der Beamtenbesoldung.

Ab 1. Oktober 1927.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte bei Beratung von Anträgen über die Besoldungserhöhung für die Beamten der Reichsfinanzminister, daß die Regierung bereit sei, ab 1. Oktober eine Besoldungserhöhung vorzunehmen, sofern nicht katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse eintreten. Dabei soll eine grundlegende Änderung der Besoldungsordnung vorgenommen und nicht nur prozentuale Zuschläge gewährt werden. Eine Anleihe komme für die Besoldungsvorlage selbstverständlich nicht in Frage. Post, Eisenbahn, den Gemeinden und Ländern müßte eine Neuregelung selbst überlassen bleiben. Demnächst würde eine gemeinsame Sitzung der Länderfinanzminister mit dem Reichsfinanzminister in Berlin über diese Frage stattfinden. Der preußische Finanzminister habe ihm mitgeteilt, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter in Preußen vor dem 1. Oktober gleichfalls nicht in Frage käme.

Neuregelung der Beamtengehälter.

Erhöhte Bezüge für Pensionäre und Kriegsbeschädigte.

Zu den von der Beamtenschaft geäußerten Wünschen hat das Reichskabinett Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Reichsregierung verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß die Bezüge der Beamtenschaft im Hinblick auf die gesteigerten Lebenshaltungskosten unzulänglich sind, und ist daher auch aus staatspolitischen Gründen gewillt, die wiederholt versprochene Aufbesserung dieser Bezüge durchzuführen.

Die Reichsregierung glaubt in der Annahme, daß eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht eintreten wird, zusagen zu können, daß noch im Laufe des Kalenderjahres mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab eine durchgreifende, alle Beamtengruppen umfassende Reform der Beamtenbesoldung erfolgen wird. Im Reichsfinanzministerium ist man dementsprechend mit der Ausarbeitung eines Entwurfes beschäftigt, der bei einer durchgreifenden Regelung der Bezüge auch eine Änderung des derzeit geltenden Besoldungsgesetzes bringen und die teilweise wohlberechtigten Beschwerden beseitigen soll, die sich seit dem Jahre 1920 ergeben haben und sowohl Gegenstand der parlamentarischen Behandlung sowie zahlreicher Vorstellungen der Beamtenverbände waren. Das heutige Besoldungssystem aufrechtzuerhalten und darauf prozentuale Zuschläge zu geben, ist nicht beabsichtigt. Auch soll keine Teillösung der Besoldungsfrage durch Gewährung vorläufiger Abschlagszahlungen gesucht werden.

Die Bezüge der Ruhestands- und Wartegeldempfänger sowie der Hinterbliebenen sollen bei dieser Regelung eine entsprechende Angleichung erfahren.

Erhöhung landwirtschaftlicher Zollsätze.

Revision des deutschen Zolltarifgesetzes.

Das Reichskabinett hat sich mit schwebenden Zolltariffragen beschäftigt. Das Kabinett steht in diesen Fragen auf dem Boden der Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es wird demgemäß unverzüglich der Reichswirtschaftsrat um Erstattung eines Gutachtens unter Zuziehung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages über eine Revision des deutschen Zolltarifgesetzes zwecks Herabsetzung des Zollniveaus ersucht werden. Sodann sollen entsprechende Vorschläge beschleunigt den gesetzgebenden Körperschaften zugehen. Die Beachtung der Grundsätze der Weltwirtschaftskonferenz schließt nicht aus, daß mit Rücksicht auf die Existenz der bäuerlichen Betriebe und im Interesse der inneren Kolonisation einzelne landwirtschaftliche Zollsätze eine gewisse Erhöhung erfahren. Auf Grund dieser Erwägungen hat das Kabinett beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften die Erhöhung des autonomen Kartoffelzolles auf eine Mark vom 1. Dezember 1927 ab sowie die Streichung des Zwischenzolles für Schweinefleisch vorzuschlagen, so daß bezüglich des Schweinefleisches der Zollsatz des schwedischen Handelsvertrages von 32 Mark praktische Bedeutung erlangt.

Bekanntlich hat außerdem das Kabinett schon früher die Erhöhung des autonomen Zuckerzolles auf 15 Mark unter erheblicher Heraufsetzung der Zuckersteuer beschlossen. Alle übrigen Zollsätze, wie auch das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch, sollen in der gegenwärtigen Höhe bestehen bleiben. Die ganze Regelung soll unbeschadet der den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreitenden Senkungsvorschläge bis zum 31. Dezember 1929 gelten.

Die Lage der deutschen Zeitungen.

Die wirtschaftliche Konjunktur.

Nach Beginn der eigentlichen geschäftlichen Beratungen des in Dresden versammelten Vereins Deutscher Zeitungsverleger, an denen über 700 Verleger aus dem ganzen Reiche teilnehmen, wies der Vorsitzende, Dr. Krumbhaar-Leipzig, auf die wichtigen Fragen der Neuformung des Pressrechts und Reform des Strafgesetzbuches hin.

Die Versammlung genehmigte den Jahresbericht, die Jahresrechnung und wählte die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wieder. Über die allgemeine Lage der deutschen Zeitungen sprach dann Dr. Krumbhaar. Er führte aus, daß von einer guten Konjunktur angesichts der ungeheuren Reparations- und Steuerlasten noch lange keine Rede sein könne. Er trat entschieden für eine vermehrte Eigenpropaganda der Zeitungen ein. Die Tätigkeit des Vereins zur Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der Zeitungsanzeige, eine der wichtigsten aktuellen Aufgaben der Zeitungsverlegerschaft, müsse die nachhaltigste Unterstützung jeder einzelnen Zeitung finden. Insbesondere gelte es auch, die bei Behörden und Wirtschaftskreisen noch vielfach anzutreffende Verkennung der wirtschaftlichen Bedeutung der Zeitungsanzeige zu bekämpfen.

Nach längerer Debatte wurde als nächster Tagungsort Berlin gewählt. Zum Schluß fand Dr. Fänicke-Hannover die allgemeine Zustimmung der Versammlung, als er die Verlegerschaft aufforderte, ihre Mitarbeit und Mithilfe einer allgemeinen Volksgabe zu leihen, die dem Reichspräsidenten v. Hindenburg zu seinem 80. Geburtstage vom deutschen Volke dargebracht werden soll. Für die telegraphischen Begrüßungen durch den Reichspräsidenten und den Reichskanzler wurden Danktelegramme abgesandt. Die Tagung schloß mit verschiedenen festlichen Veranstaltungen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Thüringen für Verlängerung des Sperrgesetzes.

Sämtliche Parteien des Thüringischen Landtages mit alleiniger Ausnahme der Kommunisten haben der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen eine Erklärung folgenden Wortlauts zugehen lassen: „Der am 30. Juni dieses Jahres bevorstehende Ablauf der sogenannten Sperrfrist gefährdet die Auseinandersetzung zwischen den ehemaligen Fürstenhäusern und dem Lande Thüringen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geltung des Gesetzes über die Auseinandersetzung der Restfreitigkeiten, über die Auseinandersetzung mit den ehemaligen regierenden Fürstenhäusern vom 13. Februar 1926 und über Aussetzung von Verfahren bei Auflösung von Familiengütern der Fürstenhäuser vom 30. April 1926 bis auf weiteres nochmals verlängert wird."

Deutsch-polnischer Rechtsstreit.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat beschlossen, den deutsch-polnischen Rechtskonflikt in der Angelegenheit der Stickstoffabrik von Chorzow unter den ihm zur Entscheidung vorliegenden Streitfällen als ersten zu behandeln. Die erste öffent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719270621-17/fragment/page=0001

liche Sitzung, in der der Gerichtshof zu dem von der polnischen Regierung erhobenen Einwand der Unzuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes Stellung nehmen wird, ist für Mittwoch anberaumt.

Polen.

✕ **Begründung des Urteils gegen Kowerda.** Das Standgericht hat jetzt die Begründung des Urteils über den Mörder Wojkows, Kowerda, veröffentlicht. Es handelt sich danach um einen vereinzelten Fall ohne Vorgang in der Vergangenheit und ohne Gefahr der Wiederholung für die Zukunft. Andererseits seien als mildernde Umstände die Jugend des Angeklagten sowie seine moralischen Qualitäten angesehen werden. Nach Abbüßung seiner Strafe könnte Kowerda noch ein nützliches Glied der Gesellschaft werden. Zu seinen Gunsten habe auch sein tiefer Patriotismus und sein von Herzen kommendes Gefühl für die Leiden seiner Mitbrüder gesprochen.

Bulgarien.

✕ **Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht?** Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Liaptscheff wird veröffentlicht. Der Minister weist anläßlich der Aufhebung der Interalliierten Militärkontrolle in Bulgarien darauf hin, daß die Regierung sich zur Abänderung des Artikels 71 der Verfassung verpflichtet hat, der die allgemeine Militärdienstpflicht vorsieht. Diese Abänderung könne aber nur durch eine Nationalversammlung vorgenommen werden, deren Einberufung im Augenblick durch Erwägungen finanzieller und politischer Natur unmöglich gemacht werde. — Das Parlament ist mit einer Thronrede des Königs eröffnet worden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der bisherige holländische Gesandte in Berlin, Baron Gevers, hat Berlin verlassen und sich zur Erholung nach Interlaken begeben. Baron Gevers kehrt nicht mehr auf seinen Posten zurück, den er 21 Jahre lang verwaltete.

Berlin. In den letzten Tagen sind eine Anzahl Angehörige der aufgelösten „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ wegen politischer Ausschreitungen in der Umgegend von Berlin verhaftet worden.

Frankfurt a. M. Gegen die Frankfurter Zeitung ist dieser Tage das Vorverfahren wegen Landesverrats eröffnet worden. Die Tat wird erblickt in dem Nachdruck von Auszügen aus der Denkschrift des jungdeutschen Führers Mahraun. Mehrere andere Zeitungen sind bereits in der gleichen Sache angeklagt.

Oslo. Dr. Stresemann hat dem Nobel-Komitee telegraphisch mitgeteilt, daß er am 29. Juni seinen Nobel-Vortrag in Oslo halten werde.

Lyon. Im Verlaufe einer Beethoven-Feier in Lyon sprach Unterrichtsminister Herriot unter Hinweis auf die Feiern in Wien und Bonn. Beethoven, so erklärte er, gehört unstreitig Deutschland, aber wir begrüßen und lieben ihn, weil er auch uns, vor allem der gesamten Menschheit gehört.

Angora. Die Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung ermächtigt wird, aus Verwaltungsgründen militärischer und sozialer Natur 1400 Familien sowie 80 Familien von Aufständischen und die zur Zwangsarbeit Verurteilten nach dem Westen des Landes zu verpflanzen.

Mexiko. „Diario Official“ veröffentlicht das angekündigte Verbot des Präsidenten an die Regierungsbehörden, amerikanische Waren in den Vereinigten Staaten zu kaufen. Der indirekte Ankauf durch mexikanische Agenten wird nicht verboten.

San Pedro (Kalifornien). Die amerikanische Bundespolizei beschlagnahmte zwei Wagenladungen Waffen und Munition im Werte von 50 000 Dollar, die nach Mexiko geschmuggelt werden sollten.

Deutscher Reichstag.

(322. Sitzung.) CB. Berlin, 18. Juni.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird ein Gesetzentwurf über die Verlängerung der Pachtschutzordnung um weitere zwei Jahre dem Siedlungsausschuß überwiesen.

Der sozialdemokratisch-demokratische Antrag über die Bestimmung des 11. August zum Nationalfeiertag geht an den Rechtsausschuß, ebenso ein von der Zentrumsfraktion neu angekündigter Antrag über den Schutz der gesetzlich anerkannten Feiertage.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau. Danach können Beamte bis zu zwei Drittel des Betrages, um den ihr Einkommen bzw. Ruhegehalt die Summe von 1560 M. im Jahre übersteigt, an ein von der Regierung bestimmtes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut oder gemeinnütziges Unternehmen abtreten. Die Abtretung ist nur zulässig zur Beschaffung, Verzinsung oder Tilgung von Darlehen, die durch Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden auf Wohnheimstätten gesichert sind oder gesichert werden sollen.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschußfassung in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten und die Wirtschaftliche Vereinigung angenommen. Dann vertagt sich das Haus.

(323. Sitzung.) CB. Berlin, 20. Juni.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Vergleichsordnung. Danach kann ein Schuldner, der zahlungsunfähig geworden ist, zur Abwendung des Konkurses die Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragen. Die umfangreiche Vorlage von 93 Paragraphen wurde unter dem lebhaften Beifall des Hauses ohne jede Aussprache in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Ein völkischer Antrag, der Maßnahmen zur Beseitigung der Junglehrernot fordert, wird dem Bildungsausschuß überwiesen. Es folgt die erste Beratung des

Schankstättengesetzes.

Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius** leitet die Beratung ein und führte aus, die Erkenntnis, daß die Regelung des Schankstättenwesens nicht ausreichend sei, sei allgemein. Der Alkoholmißbrauch zerrütte nicht nur die Gesundheit des einzelnen, sondern auch die Volksgesundheit. Der Staat könne daher nicht an der Notwendigkeit vorbeigehen, nicht nur eingetretene Schäden zu heilen, sondern auch vorzubeugen. Andererseits wäre es verkehrt, die Grenzen der staatlichen Zwangsgewalt zu weit auszudehnen. Der vorliegende Gesetzentwurf wolle die vorhandene Lücke ausfüllen.

Eine Trockenlegung Deutschlands lehne die Reichsregierung ab. Der Minister verwies darauf, daß in Amerika bereits eine Einschränkung des Alkoholverbotes erwogen werde und daß auch andere trockengelegte Staaten das Verbot in steigendem Maße wieder abgebaut hätten. Im Einvernehmen mit dem Beschluß des Reichstages lehne die Reichsregierung auch das Gemeindebestimmungsrecht ab; dagegen sei ein Ausbau und eine Verbesserung des Schankkonzessionswesens dringend erforderlich. Wenn auch nach der Gewerbe- und Betriebszählung die Gesamtzahl der Schankwirtschaften seit 1907 von 270 000 auf 256 000 zurückgegangen sei, so hätten sich doch die Branntweinkleinhandlungen um ein Viertel vermehrt. Der Entwurf wolle einer übermäßigen Vermehrung der Schankstätten dadurch vorbeugen, daß die Schankerlaubnis von der Führung des Bedürfnisnachweises abhängig gemacht wird und daß besonders zum Schutze der Jugend gegen die Alkoholgefahren die Bedingungen für die Erlaubniserteilung erschwert werden.

Abg. **Schulz** (Soz.) erklärt, die Forderungen der Gegner des Alkoholmißbrauchs seien in der Vorlage in keiner Weise verwirklicht. In der Frage des Jugendschutzes sei sie ein Rückschritt

Abg. Frau **Philipp-Baden** (Ztr.) wies darauf hin, daß die Frau am meisten unter den Folgen des Alkoholmißbrauchs zu leiden habe. Im Interesse des anständigen Gastwirtsgewerbes selbst sei eine strenge Prüfung des Bedürfnisses notwendig. Dazu sollte man auch die Vereine gegen den Alkoholmißbrauch heranziehen.

Abg. **Mollath** (Wirtsch. Vgg.) erklärte, das vorliegende Gesetz sei ein Knebelungsgesetz schlimmster Art. Es wendet sich gerade gegen das alte eingesessene Gastwirtsgewerbe. Die Wirkung wäre das schnelle Verschwinden der mittleren und kleinen Betriebe und die schrankenlose Ausbreitung des Großkapitals im Gastwirtsgewerbe.

Abg. Frau **Arendsee** (Komm.) meinte, der Gesetzentwurf ändere nicht viel an den bestehenden Zuständen, sondern enthalte nur kleinliche Bestimmungen gegen das Gastwirtsgewerbe.

Abg. **Sparrer** (Dem.) mahnte zu einer besonders vorsichtigen Behandlung der Vorlage, da die Gewerbefreiheit gefährdet sei.

Abg. **Schirmer-Franken** (Bayer. Vp.) will alle Bestrebungen unterstützen, die auf eine Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und auf einen Schutz der Jugend hinauslaufen.

Abg. **Rippel** (Dtn.) wünschte ein verbessertes Konzessionswesen.

Abgeordneter **Bickes** (D. Vp.) bezeichnete es als Ziel, die Jugend vor den Gefahren des Alkohols zu bewahren, aber auch die berechtigten Inetressen des ehrbaren Gastwirtsstandes zu schützen.

Die Vorlage wurde an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß verwiesen und das Haus vertagte sich.

Preußischer Landtag.

(212. Sitzung.) tt. Berlin, 20. Juni.

Der Landtag nahm am Montag, nach längerer Pfingstpause, seine Plenarsitzungen für den letzten Tagungsabschnitt vor der Sommerpause wieder auf. Das Haus überweist zunächst die von den verschiedenen Parteien eingegangenen Anträge anläßlich der Wirbelsturmkatastrophe in Ostfriesland der Ausschußberatung. Abgesetzt von der Tagesordnung wird die zur ersten Beratung vorgelegte Novelle zum Gesetz über die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits sowie der Ausschußbericht über den Ausbau der sozialen Ausbildung einschließlich der Wirtschafts- und Berufsfürsorge.

Es folgt die zweite Lesung des Niers-Gesetzes, das für das Niederschlagsgebiet der Niers bis zur holländischen Grenze eine Genossenschaft mit dem Namen „Niers-Verband“ bilden will. Der Niers-Ausschuß, für den Abg. Berten (Soz.) berichtet, empfiehlt die Vorlage mit einigen Abänderungen, wobei u. a. die Gemeindebelastung etwas gemildert worden ist. Unter Ablehnung einiger kommunistischen Änderungsanträge wird die Vorlage in zweiter und gleich darauf auch in dritter Lesung sowie in der Schlußabstimmung nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Verlängerung derjenigen Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz bis zum 1. Oktober 1928, wonach wegen der Überlastung der Gerichte bereits abgebaute alte Richter, Rechtsanwälte und andere Juristen mit richterlicher Qualifikation als Hilfsrichter angestellt werden können.

Der Entwurf wird hierauf unverändert in zweiter Beratung angenommen und anschließend endgültig verabschiedet.

Die Groß-Hamburg-Gesetze.

Das Haus beginnt hierauf die zweite Beratung der Groß-Hamburg-Gesetze. Drei Gesetze stehen zur Beratung: 1. Der Entwurf über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im Unterelbegebiet; 2. der Entwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau des preußischen Hafengebietes au der unteren Elbe; 3. der Entwurf über den Sonderfinanzausgleich für die betroffenen Gebiete. Der Ausschuß hat beschlossen, daß außer den in der Regierungsvorlage vorgesehenen Gemeinden auch Rissen und Sülldorf mit Altona vereinigt werden sollen. Ferner hat er eine neue Bestimmung dahin aufgenommen, daß die Landgemeinden Lockstedt, Niendorf und Schnelsen zu einer Landgemeinde mit dem Namen Lockstedt vereinigt werden sollen. Die Landgemeinden Alt-Rahlstedt, Neu-Rahlstedt, Oldenfelden und Meiendorff des Landkreises Stormarn sowie diejenigen Teile der Landgemeinden Jenfeld und Tonndorf-Lohe, welche nicht mit der Stadtgemeinde Wandsbek vereinigt werden, sollen nach einem vom Ausschuß neu aufgenommenen Absatz zu einer Landgemeinde mit dem Namen Rahlstedt vereinigt werden.

Nachdem das Haus die Ausschußberichte entgegengenommen hatte, vertagte es sich.

Die Ozeanflieger in Wien.

Dank der Amerikaner an das deutsche Volk.

Von München aus, wo sich Chamberlin und Levine einige Stunden aufhielten, sandten die Flieger eine Dankeskundgebung an das deutsche Volk. Sie wollten vor dem Verlassen deutschen Bodens die deutschen Regierungen und das deutsche Volk wissen lassen, daß sie sich über die vielen großen Ehrungen, die ihnen überall zuteil wurden, herzlich gefreut haben. Amerika wünsche sich nichts mehr, als deutsche Flieger, die den Ozean überquert haben, bald begrüßen zu können.

In Wien kamen Chamberlin und Levine mit einiger Verspätung auf dem Flugplatz Aspern an und wurden von einer großen Menge mit nicht endenwollendem Jubel empfangen. Es erfolgten einige Ansprachen, worauf die Flieger sich zunächst zu dem amerikanischen Gesandten begaben.

Der Münchener Pilot Udet plant einen Flug München—Newyork, der bereits finanziert sein soll. Fraglich ist es noch, ob er sein Unternehmen vor Koennecke ausführen wird.

Fabrikbrand bei Ludwigshafen.

Ludwigshafen. In der Maschinenfabrik Schütze A. G. in Oggersheim brach Großfeuer aus, dem der Modellschuppen, ein Teil der Schreinerei und sämtliche kleinen Nebengebäude zum Opfer fielen. Es gelang, den Brand nach etwa einer Stunde zu löschen. Eine gefährliche Situation war dadurch gegeben, daß auf dieser Straße mehrere Fässer Benzin lagerten. Ein Faß ging in die Luft, die anderen konnten mit großer Mühe aus der Gefahrzone gebracht werden.

Schiffbruch im Hafen.

Roman von Ida Bock.

15] (Nachdruck verboten.)

Fünftes Kapitel.

Felix von Wessel saß vor seinem Schreibtisch und starrte vor sich hin. Ab und zu nahm er ein Blatt Papier auf und sah hinein, oder er entfaltete einen Band, den er aus den Tiefen des Schreibtisches hervorgezogen hatte. Dann starrte er wieder ins Leere. Da wurde die Tür geöffnet.

„Du bist schon auf? Was hat denn das zu bedeuten?“

Und nun trat die nicht mehr junge, aber zierliche Dame in das Zimmer und zog die Tür hinter sich zu.

„Kannst wohl wieder einmal ein wichtiges Papier nicht finden?“

„Ja, so was Ähnliches,“ gab Wessel zurück.

„Verzeihe, daß ich so ohne weiteres eingetreten bin, es ist eigentlich gegen unseren Pakt, aber ich hörte dich auf- und abgehen — das ist um diese Zeit doch etwas Seltsames! Ich werde dir dein Frühstück bringen, Felix.“

„Das hat ja Zeit — und was unseren Pakt betrifft, brauchst du dir keine Sorge zu machen. Zwischen Geschwistern —“

„Nicht doch, er ist ganz vernünftig, unser Pakt, und sichert uns Freiheit. Rechts mein Zimmer, links das deine — und im Salon können wir gelegentlich zusammenkommen, wenn wir wollen. Bisher habe ich dagegen ja auch nie verstoßen, aber heute —“, sie stockte.

Wessel stand auf und reichte der Schwester lachend die Hand: „Entschuldige dich doch nicht, Lydia, weil du mal ungerufen zu mir hereinkamst. Du bist eine ideale Hauswirtin. Dein Mann war ja gewiß ein prächtiger Kerl, und ich hätte gewünscht, du wärst noch recht lange mit ihm glücklich gewesen — wie lange ist er jetzt eigentlich tot? Zwei Jahre, nicht?“

Sie nickte.

Wessel strich mit einer warmen Bewegung über ihr volles Haar:

„Wenn du früher zu mir gekommen wärst, oder ich zu dir, wäre mir manche Dummheit in meinem Leben erspart geblieben!“

„Du machst mir noch genug Sorgen,“ sagte Lydia leise.

Wessel blickte zu Boden. Eine finstere Falte trat zwischen die Augenbrauen. Er trat auf Lydia zu:

„Ich werde dir etwas sagen: Du bist ein lieber, guter Kerl, ich weiß, daß du mich sehr lieb hast, daß du weiß Gott was für mich zu tun imstande wärest, und ich habe dich so lieb, wie ein Bruder seine Schwester nur lieb haben kann! Aber es gibt Dinge, die jeder Mensch, insbesondere jeder Mann, nur mit sich ausmachen kann.“

„Und dazu gehört natürlich deine tolle Schwärmerei für Annette. Aber du wirst mich damit nicht hindern, dir die ganze Wahrheit zu sagen.“

„Doch nur die Wahrheit, wie du sie siehst, Lydia. Mir erscheint sie vielleicht ganz anders, und ich meine, lediglich darauf kommt es an!“

„Ach, das sind ja Flausen, Felix. Hier gibt es nur eine Wahrheit und die lautet: Annette ist eine verheiratete Frau, eine Frau, die sich aus den elendesten Verhältnissen in eine vornehme Ehe gerettet hat. Mit dem um so viel älteren Manne langweilt sie sich natürlich. Er ist ruhebedürftig, sie noch voll Sucht nach dem lauten Leben, nach Zerstreuungen und all dem äußerlichen Schnickschnack, an dem nur eine Person Gefallen finden kann, die den Ernst des Lebens eigentlich nur vom Hörensagen kennt.“

„Sie ist jung, da ist's begreiflich.“

„Möglich. Immerhin wird sie keine Lust verspüren, die vollkommene Sorglosigkeit, deren sie sich jetzt erfreut, antasten zu lassen. Aber ein bißchen Spielerei mit euch dummen Männern verursacht ihr angenehmes Prickeln.“

„Du beurteilst sie zu oberflächlich. Aber selbst, wenn das Bild, das du von ihr entwirfst, richtig wäre —“

„Verlaß dich nur darauf, es ist richtig, ich kenne sie genau.“

„Na, also gut — ich werde sie nicht ändern.“

„Herrgott, wenn ihr Männer doch nicht so eingebildet wäret! Frauen, wie diese Annette, sind tausendmal gescheiter als ihr alle. Hältst du es im Ernst für möglich, daß sie auf ihre angenehme Position verzichten würde, um einem verschuldeten Offizier damit einen Gefallen zu erweisen?“

Lydias Wangen waren hochgerötet, die Energie dieser kleinen Frau drückte sich in ihrem ganzen Wesen aus. Sie wuchs förmlich über sich selbst hinaus, als sie, die Rechte auf des Bruders Arm legend, eine Weile wortlos dastand und mit gespannter Aufmerksamkeit zu ihm aufsah, als wollte sie ihm die Antwort von den Lippen lesen. Er aber biß die Zähne aufeinander, daß sie knirschten — und sagte nichts.

Lydia kniff die Augen leicht zusammen, ein Zug von Überlegenheit spielte um ihre Lippen. Ohne den Arm des Bruders loszulassen, sagte sie: „Und hältst du Lublinski für blind? Glaubst du wirklich, daß er immer nur der Ehemann ist, der nichts weiß, wenn auch die ganze Welt von seiner Frau spricht?“

Wessel entzog seiner Schwester heftig den Arm.

„Ich glaube, du beendigst jetzt endlich deine Moralpredigt!“

„Wenn du in allem, was ich gesagt, nur die lästige Moralpredigt sehen willst —“

Sie warf einen forschenden Blick auf den Schreibtisch. Rechts lagen ein Paar Bündel Briefe, von Seidenbändchen zusammengehalten. „Du hast ja deine ganze Vergangenheit ausgekramt,“ sagte sie mißtrauisch. Sie faßte angstvoll seine Hände. „Du verlierst dich an dieses Weib, oder hast dich schon verloren! Felix, ich bitte dich —“

„Ach, laß doch, Lydia! Du weißt doch, daß ich Szenen nicht mag. Meinst du nicht, daß es für jeden Mann die Frau gibt, an die er sich verlieren muß — vorausgesetzt, daß sie seinen Weg kreuzt?“ schloß er mit Nachdruck. Nach einem hastigen Gang durch das Zimmer sagte er leichthin: „Es werden zwei Freunde kommen — bitte, laß sie sofort zu mir.“

Lydia sah den Bruder an, als dämmere ihr eine Ahnung auf. „Zwei Freunde?“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719270621-17/fragment/page=0002

3. Verbands-Schützenfest des Kurkreises Wittenberg.

Die Festtage des Schützenbundes des Kurkreises Wittenberg, der sich diesmal Annaburg als Festort gewählt hatte, sind vorüber. Das Wetter, welches die ganze Woche anhaltend schön war, wurde durch das in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend niedergegangene Gewitter in das Gegenteil verkehrt, sodaß der tradionelle Regen nicht fehlte, doch vermochte er dem Fest nicht sonderlich Abbruch zu tun.

Den Auftakt zum 3. Verbands-Schützenfest bildete am Sonnabend abend ein Zapfenstreich mit anschließendem Kommers im „Waldschlößchen", der in seiner ganzen Veranstaltung als wohlgelungen zu bezeichnen war. Mit einem flotten Marsch der Rohr'schen Kapelle wurde der Abend eröffnet. Hierauf bewillkommnete Kamerad Otte die Erschienenen, wünschte allen fröhliche und gemütliche Stunden und gab dem Wunsche Ausdruck, daß das Fest Veranlassung geben möge, das Verhältnis zu allen Teilen der Bevölkerung recht innig zu gestalten. Hierauf gedachte Redner in ehrenden Worten der Kameraden Riethdorf, Kaiser und Hempe, die sich besonders um den Ausbau des neuen Schießstandes verdient gemacht. Mit einem „Hoch" auf unser geliebtes Vaterland und die deutsche Schützensache schloß er seine Ausführungen, worauf von den Anwesenden das Deutschlandlied gesungen wurde.

Hierauf übernahm es der Männer-Gesangverein, der sich dem Schützen-Verein in liebenswürdiger Weise zur Verschönerung des Abends zur Verfügung gestellt hatte, die Gäste durch gesangliche Darbietungen zu erfreuen. Durch das sehr gut vorgetragene „Grüß Gott mit hellem Klang" entbot er den leider nur in geringer Zahl erschienenen Freunden und Gästen nochmals ein „Willkommen". Weiter kamen zum Vortrag: „Bundeslied", des Sängers Abschied: „Wer hat Dich, Du schöner Wald!" sowie einige Chöre aus den Wolgaliedern. Reicher Beifall lohnte die Sänger für ihre Darbietungen. Nach dem ergriff als Vertreter des Schützenbundes des Kurkreises Wittenberg, Kam. Bundesschriftführer Orff das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Sehr geehrte Anwesende". Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um dem Annaburger Verein für das morgige Fest die besten Wünsche darzubringen. Der Name Annaburg hat beim Bundesvorstand immer einen guten Klang gehabt. Ist sich doch der Vorstand des Kurkreises bewußt, in Annaburg eine feste Stütze zu haben; einmal weil es eine historische Vergangenheit hat und zum andern weil Annaburg seiner Lage entsprechend noch sehr viel für die Vergrößerung des Schützenbundes des Kurkreises beitragen kann. Der Vorstand hat die Zuversicht, daß Annaburg die noch fernstehenden Vereine zum Bund heranziehen wird. Daß die Annaburger den festen Willen haben etwas zu leisten, beweist schon die Tatsache, daß sie einen Schießstand geschaffen haben, der den Anforderungen an ein Bundesschießen genügen wird.

Sodann überbrachte der Kommandeur der Gilde Belgern, Herr Petzold, den Gruß seiner Gilde. Es sei das erste Mal, daß sich diese Vereine treffen. Er verbreitete sich dann kurz über Alter und erster geschichtlicher Erwähnung der Belgerner Gilde und brachte eine treffliche Gegenüberstellung beider Vereine. Annaburg: ein moderner Verein, Belgern: eine historische Gilde. In einem, so führte Redner dann aus, aber treffen wir uns immer, und das ist die Liebe zur Heimat. Sind doch unsere Feste Heimatfeste. Sind wir Schützen doch dazu berufen, die Liebe zur Heimat zu pflegen und möchte ich sie auffordern, dieser alten Schützentugend immer treu zu bleiben. Das Vaterland hat vorhin schon durch ein „Hoch" seinen Tribut erhalten, also lassen sie uns jetzt unserer Heimat mit einem kräftigen Hoch gedenken. Im bunten Wechsel folgten sich sodann Couplets, Gesangsvorträge und musikalische Darbietungen. Besonders waren es die Kam. Dubro, Marx und Wiesener die durch ihre Vorträge die Stimmung auf den Höhepunkt brachten, die den grauen Alltag vergessen ließ. Nicht endenwollender Beifall zwang sie zu mancher „Zugabe". Die Rohr'sche Kapelle tat das ihrige, hier war es besonders der „Annaburger Marsch", diese Stimmung nicht erschlaffen zu lassen.

Kam. Riethdorf entwarf in kurzen Zügen dann ein Bild von den Aufgaben der Schützengilden in früheren Jahrhunderten. Zwar ist es heute, so führte er aus, nicht mehr möglich, mit dem Degen in der Hand zu streifen, trotzdem wollen wir uns aber immer an den alten Spruch: „Ueb Aug' und Hand fürs Vaterland", halten. Er wies dann noch auf den Unterschied zwischen den alten Gilden und den Schützenvereinen hin und wünschte, daß diese versuchen mögen, sich den alten Gilden gleichzustellen, wenn sie auch blos Schützenvereine seien. Mit einem „Gut Schuß" für das Fest schloß er seine Ausführungen. In gemütlicher Stimmung blieben die Anwesenden noch längere Zeit vereint.

Der eigentliche Festtag wurde mit Weckruf eingeleitet. Bereits von 8 Uhr trafen die auswärtigen Gilden und Vereine in stattlicher Zahl ein und wurden mit Musik, nachdem die Fahnen im Rathaus abgebracht, nach ihren Standquartieren geleitet. Nachmittags gegen 2 Uhr formierte sich der Zug am Waldschlößchen und zog zum Rathause, wo unter den Klängen des Präsentiermarsches die Fahnen, in den Festzug eingereiht wurden und die Könige der anwesenden Gilden und Gastvereine (Belgern, Coswig, und Dahme) die Front abschritten. Dann ging der Zug, in dem 16 Fahnen geführt wurden, hinaus zum Festplatz. Hier marschierten die Schützen im Halbkreis auf und der Kommandeur des Bürgerschützen-Vereins, Kam. Riethdorf entbot in kurzen herzlichen Worten allen Festgästen den Willkommensgruß. Nach ihm nahm der Vorsitzende des Schützenbundes des Kurkreises Wittenberg, Herr Oberst Jahr zu folgender Ansprache das Wort:

Deutsche Frauen, deutsche Männer, liebe Kameraden!

Deutscher Schützengeist herrscht heute in den Mauern Annaburgs. Wir alle sind der Einladung des Bürger-Schützenverein mit Freude und Stolz gefolgt um hier unser 3. Bundesschießen des Schützenbundes für den Kurkreis Wittenberg zu feiern. Im Namen des Bundes spreche ich Ihnen, mein sehr verehrter Kamerad Riethdorf sowie allen Kameraden von Annaburg meinen herzlichsten Dank aus, für die treue Mitarbeit zum guten Gelingen unseres Festes Nicht nur unser Bundesfest ist es, was wir heute hier feiern, fleißige und treue Schützenarbeit ist hier in Annaburg vollbracht: Der Bau der neuen Schießstände. Möge Friede, Frohsinn und gute Kameradschaft stets Gast in Eurem Heim bleiben. Mit Freude und Stolz blicken wir nun 40 Jahre zurück auf die Zeit, wo treue deutsche Männer sich zusammenfanden und den Bürger-Schützenverein gründeten, damals in der Blüte des deutschen Volkes; Jahre sind dahingerauscht und die letzten Jahrzehnte haben Unglück, Sorge und Elend über unser Volk und Land gebracht. Aber wie nach langer Wintersnacht doch der Frühling ins Land zieht, unzählige Triebe sich im Schoße der Erde regen, und dem Lichte der Sonne entgegenstreben zu neuem Blühen, so wird und muß auch das deutsche Volk durch Nacht zum Licht emporsteigen. Wir Schützen, die wir den grünen Kragen tragen, die Farbe der Hoffnung, sind fest überzeugt, das das deutsche Volk durch seine Treue durch deutschen Geist und vor allen Dingen durch die deutsche Arbeitskraft aufwärts kommen wird. Ein gewaltiges Ereignis steht den deutschen Schützen bevor. Tausend fleißige Hände regen sich um die Vorarbeit zu treffen. In der Stadt der Künste und Wissenschaft, in der Hauptstadt Bayerns wird vom 16. bis 23. Juli das 18. deutsche Bundesschießen abgehalten. Das erste deutsche Bundesschießen nach dem unglücklichen Weltkrieg. Tausende und abertausende deutsche Schützen, ja sogar ausländische deutsch gesinnte Schützen, haben ihr Erscheinen zugesagt. Da werden wir als deutsche Schützen dem Auslande zeigen, daß wir ein Volk von Brüdern sind. Jahrelang wird uns München in Erinnerung bleiben, jeder Besucher, vor allem der Ausländer, wird sagen können, daß der Deutsche recht hat, wenn er singt und sagt: „Deutschland Deutschland über alles, über alles in der Welt". Und in diesem Sinne bitte ich Sie, stimmen Sie mit mir ein in den Ruf, das deutsche Vaterland, es lebe hoch, hoch, hoch.

Nach Abbringen der Fahnen und Könige löste sich der Zug auf und nun begann der übliche Festtrubel, während im Schießhause die Schützen in hartem Wettstreit um die zahlreichen Ehrenpreise rangen. Erst gegen Abend, der die auswärtigen Kameraden zum Aufbruch rüsten hieß, kamen die Büchsen zur Ruhe, aber in den Zelten und Vergnügungsstätten führten noch lange Lust und Frohsinn das Zepter. Der Montag morgen versammelte die Schützen wieder auf den Ständen, wo recht beachtliche Schießleistungen erzielt wurden, zum löblichen Wettstreit, der bis zum Abend fortgesetzt wurde. Hierauf erfolgte die Preisverteilung, über deren Ergebnis wir in nächster Nummer berichten werden, und erst in spät vorgerückter Stunde schieden die letzten auswärtigen Kameraden in dem Bewußtsein, frohe und vergnügte Stunden im Kreise Gleichgesinnter verlebt zu haben.

Lokales und Provinzielles.

Annaburg. (Kyffhäusersonderzug). Ein neuer Verwaltungssonderzug wird angekündigt. Eine Fahrt nach dem Kyffhäuser. Viele wird diese ehrwürdige Stelle, der Ort der Barbarossasage, interessieren. Die Fahrt geht von Wittenberg nach Rottleben, ab Annaburg morgens 3.42, ab Wittenberg 5.25. Die Rückfahrt ist gleichfalls von Rottleben anzutreten. Der Sonderzug trifft dann 22.30 (10.30) in Wittenberg wieder ein und sichert den schnellen Anschluß nach Annaburg (ab Wittenberg 22.45 (10.45), so daß Annaburg 23.32 (11.32) wieder erreicht ist.

Großtreben, 17. Juni. Der Schmiedemeister Ernst Wille konnte heute im Alter von 79 Jahren mit seiner 74 Jahre alten Ehefrau Amalie Wille das Fest der Goldenen Hochzeit feiern. Das Jubelpaar wurde außerordentlich geehrt. Am Donnerstag abend brachte der Gesangverein „Frohsinn" und am heutigen Vormittag brachte die Prettiner Stadtkapelle ein Ständchen. Am Nachmittag fand eine kirchliche Feier statt, bei welcher Pfarrer Siebe seiner Predigt das Gotteswort aus Jesaias 46, Vers 4 zugrunde legte: „Ich will euch tragen bis ins Alter und bis ihr grau werdet. Ich habe es getan und ich will es weiter tun. Ich will hegen, tragen und will erretten". Von vier Herren wurde als Quartett gesungen: So nimm denn meine Hände. Dem Jubelpaar wurden von Pfarrer Siebe vier Glückwunschschreiben, bezw. Urkunden überreicht: Vom evangelischen Konsistorium der Provinz Sachsen in Magdeburg, von der evangelischen Kirche der altpreußischen Union mit Ehegedenkmünze, vom Reichspräsidenten von Hindenburg und vom Landrat Wehr im Namen der Preußischen Regierung nebst einem Geschenk von 50 Mark. Der Jubilar konnte bereits am 22. Mai sein 50jähriges Meisterjubiläum feiern.

Torgau, 17. Juni. Hier wurden zwei Leute festgenommen, die sich der Fundunterschlagung schuldig gemacht haben. Auf der Landstraße Jesewitz-Leipzig hatte ein Mann eine Brieftasche mit 300 Mark Inhalt verloren. Zwei Angestellte eines Hippodroms, der von Leipzig nach Eilenburg zog, fanden das Geld und teilten es; die Brieftasche warfen sie am Fundorte weg. Lange allerdings konnten sie sich ihres Raubgutes nicht erfreuen: In Torgau wurden sie gestern nachmittag festgenommen und in Haft behalten. Sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Beckwitz, 18. Juni. Vor 14 Tagen verunglückte der in der Torgauer Seifenfabrik beschäftigte Arbeiter Otto Peterson von hier dadurch, daß er von einem Lastauto gegen eine Wand gedrückt wurde und sich eine schwere Brustquetschung zuzog. Gestern nachmittag ist der bedauernswerte junge Mann seinen schweren Verletzungen erlegen.

Schlieben, 17. Juni. Ein Brandunglück ereignete sich heute morgen gegen 2 Uhr. Das städtische Haus neben der Apotheke stand plötzlich in hellen Flammen. Die Feuerwehr war bald zur Stelle, jedoch konnte sie nicht verhindern, daß das ganze Gebäude niederbrannte. Die Entstehung ist unbekannt.

Strehla, 17. Juni. Im Ortsteil Meußlitz bei Zschochwitz ist einem Landwirt auf einem Felde auf der Lustenallee ein Streifen Korn vollständig niedergetreten worden. Längs des Feldes hat jetzt der erbitterte Landwirt Schilder anbringen lassen, die in wuchtigen Lettern die Worte tragen: Das ist Korn, — Du Ochsenhorn, — Tritt es nicht mit Füßen, — Der Mensch will es genießen!

Dessau, 17. Juni. Bei der Ueberfahrt des Bahnübergangs bei Medewitz auf der Strecke Dessau—Wiesenburg wurde das Gefährt des Handelsmannes Jenrich aus Zerbst von einer Lokomotive erfaßt. Jenrich wurde dabei getötet, seine Frau erlitt einen Beinbruch. Das Pferd war gleichfalls tot, während das Gefährt nur wenig beschädigt wurde. Die Barriere war nicht geschlossen.

Schluß der Inseratenannahme
vormittags 8 Uhr.
Größere Inserate erbitten jedoch schon tags vorher bis spätestens nachmittags 3 Uhr.

Schiffbruch im Hafen.

Roman von Ida Bock.

16] (Nachdruck verboten.)

„Also, ja, was ist denn dabei? Lindner und Ehrhardt werden kommen."

Sie wich ein paar Schritte zurück und fragte entsetzt: „Die Totenvögel? — Felix, du hast ein Duell?"

„Dein Mann war doch auch Offizier, Lydia. Ist denn ein Duell etwas Besonderes? Ich habe deren schon einige gehabt."

„Mit Lublinski?"

„Dieser brutale Schuft!" Wessels Gesicht verzerrte sich haßerfüllt.

„Also wieder ihretwegen!" rief Lydia und ballte die Hände.

Wessel trommelte nervös mit dem rechten Fuß auf dem Parkettboden: „Aber nun muß ich dich bitten, Lydia, mich allein zu lassen — und wenn die beiden kommen —"

Lydia wollte noch etwas sagen, doch Wessel schob sie zur Tür hinaus.

Er ging dann zu seinem Schreibtisch und versenkte sich in das Ordnen der vielen Schriften, die er den diversen Fächern entnommen hatte. Eine Menge Papiere stopfte er in den weißen Kachelofen und zündete sie an. Dann begann er Briefe zu schreiben. Zwei Stunden später klopfte es an die Tür und auf Wessels „Herein" traten die beiden Offiziere ein.

Leutnant Ehrhardt und Oberleutnant Lindner hatten tatsächlich den Spitznamen „die Totenvögel", weil sie bevorzugte Sekundanten waren. Mit Spielereien gaben sie sich nicht ab. Man wußte: waren die beiden bei einer Affäre, dann lief's nicht glatt ab.

Wessel war bei ihrem Eintritt rasch aufgesprungen.

„Nun?" sagte er, statt der Begrüßung.

„Dumme Sache!"

Der lange Ehrhardt mit den scharfgeschnittenen Zügen strich sich erregt über seinen glänzenden dunklen Scheitel.

„In der Tat, dazu hättest du uns nicht haben müssen!" bestätigte Lindner, und sein dickes Gesicht rötete sich. Wessel erkannte sofort, daß etwas nicht stimmen mußte.

„Was ist denn los?" fragte er gereizt.

„Nichts ist los — das ist's ja eben!"

Ehrhardt hatte sich gesetzt und die Beine weit von sich gestreckt.

„Wollt ihr nicht endlich deutlicher werden?" rief Wessel ärgerlich.

Lindner setzte sich rittlings auf seinen Stuhl.

„Also, gestern, nachdem du mir im Kasino alles mitgeteilt, telephonierte ich sofort an Ehrhardt, und wir trafen uns gleich darauf im Kaffeehaus. Du warst ja so aufgeregt, daß die Sache furchtbar ernst aussah. Wir setzten alles fest. Pistolen, dreimaliger Kugelwechsel, Ort: die „Waldandacht"."

Um Wessels Lippen zuckte es nervös.

„Gut — und weiter?" fragte er hastig.

„Jetzt laß mich auch mal reden, ja?" fuhr der lange Ehrhardt dazwischen. Er ärgerte sich, daß Lindner ihn gar nicht zu Wort kommen ließ.

„Ich holte also heute früh um neun Lindner ab und wir fuhren nach Stramitz hinaus."

„Ein bißchen früh, nicht?" wandte sich Lindner an Wessel.

„Darüber brummt er noch ein halbes Jahr, daß ich ihn um neun Uhr geholt und nicht um halb zehn, wie er's gewollt," sagte Ehrhardt lachend.

„Na, wir kommen also hinaus; Lublinski empfängt uns sehr liebenswürdig, Rodenbach und der dicke Werner sind bei ihm. Kurz und gut: er revoziert! Er wäre nervös und gereizt gewesen, es tat ihm leid, basta!"

Wessel war aufgesprungen, seine Augen flammten: „Wollt ihr euch einen Scherz mit mir erlauben?"

„Was hast du denn? Wir können doch nichts dafür, daß der alte Kerl kneift."

„Das gibt es nicht — das nehme ich nicht an! Absolut nicht! Versteht ihr? So laß ich nicht mit mir umspringen! Gestern brüskiert mich der Baron auf infame Weise und heut paßt es ihm, alles in nichts wegzumachen. Das Duell wird stattfinden, nun gerade!"

Wessel war wie ein Rasender auf und ab gerannt, nun faßte ihn Lindner am Arme und zwang ihn, stillzuhalten.

„Du, erlaub' mal, ich verstehe ja, daß du wütend bist — aber du weißt nicht, was du sprichst. Das Duell wird natürlich nicht stattfinden, denn der Baron hat in unserer Gegenwart eine Ehrenerklärung abgegeben, die alles zurechtrückt. Es ging vollkommen korrekt zu, da ist gar nichts zu sagen."

Wütend stampfte Wessel mit dem Fuße auf. „Das genügt mir aber nicht! Er soll mir vor die Pistole, ich will's dem eingebildeten Herrn zeigen!"

Erschöpft, keuchend sank Wessel in einen Stuhl. Ehrhardt und Lindner sahen ihn verwundert an.

„Lieber Freund," sagte Lindner dann bedächtig, „mach keine Dummheiten! Beruhige dich! Für uns ist die Sache erledigt! Wir müssen jetzt fort!"

„Das heißt also, ihr verweigert mir eure Dienste?" Wessel sprang auf, aschfahl im Gesicht.

„Sei doch vernünftig, Wessel," versuchte Lindner zu beruhigen. „Wir können doch nicht anders — der alte Herr hat sich ganz chevaleresk entschuldigt — unsere Mission ist beendet!"

Wessel schüttelte den Kopf. „'s ist gut! Ich danke euch! Servus!" Ehrhardt und Lindner gingen.

Wessel stand noch einen Augenblick unbeweglich. In seinem Gesicht arbeitete es. Dann riß er plötzlich Mantel und Mütze vom Kleiderstock und stürmte davon.

Etwa drei Stunden später fuhr ein offener Mietswagen in die Toreinfahrt von Stramitz, dem zwei feierlich in Schwarz gekleidete Herren entstiegen, die den Herrn Baron von Lublinski zu sprechen wünschten.

Lublinski saß in seinem Arbeitszimmer am Schreibtische. Vor ihm stand der Inspektor Prenzler, ein behäbiger Fünfziger, mit einem breiten, rotgefärbten, gutmütigen Gesicht. Mit lebhaften Armbewegungen hatte er eben seinen Vortrag über die jüngst aufgestellte Dreschmaschine beendet, als es an die Tür klopfte und auf Lublinskis „Herein" Georg, der Diener, eintrat und dem Baron zwei Visitenkarten überreichte. Ärgerlich griff Lublinski danach. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719270621-17/fragment/page=0003

Der Diktator von China.

Feierliche Ausrufung.

Die Einsetzung des Marschalls Tschangtsolin als Diktator fand in der Zeremonienhalle zu Peking statt, in der die früheren Präsidenten eingesetzt wurden. Marschall Tschangtsolin legte den Eid ab und hielt eine kurze Ansprache. Später hielt der neue Diktator einen Empfang im Auswärtigen Amt ab, wozu zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps in privater Eigenschaft anwesend waren.

Tschangtsolin erklärte, Tschiankaischeks Beteuerungen, daß er dem Kommunismus fernstehe, seien nicht aufrichtig gemeint. Die Zahl der antikommunistischen Streitkräfte belaufe sich auf 500 000 Mann. Diese seien entschlossen, den Bolschewismus auszurotten.

Der kommandierende Admiral des französischen Chinageschwaders, Vasire, hat nach einer englischen Meldung Schanghai verlassen, um sich nach Frankreich zu begeben. — Ein chinesischer Bericht aus Hankau besagt, daß die erwartete Entlassung des Russen Borodin tatsächlich erfolgt ist; aber die Chinesen messen diesem Schritt nicht viel Bedeutung bei, da sie der Ansicht sind, daß Borodin weiterhin die Politik von Hankau lenken würde.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 20. Juni.

Die Frage der Sparkassenaufwertung.

Berlin. Im Unterausschuß des Rechtsausschusses erklärte der Reichsminister der Justiz zur Frage der Sparkassenaufwertung: In Verhandlungen mit den Ländern haben diese sich durchweg bereit erklärt, die gesamte Teilungsmasse der Sparkassen zugunsten der Spargläubiger zu verwenden. Auf diese Weise ist gewährleistet, daß die Spargläubiger, soweit entsprechende Masse vorhanden ist, eine Aufwertungsquote über 12½ v. H. erhalten. Die Länder sind ferner in der übergroßen Mehrzahl bereit, dafür Sorge zu tragen, daß jede Sparkasse den Mindestsatz von 12½ v. H. aus eigener Kraft oder durch Heranziehung der Garantien aufbringt. Nur einzelne Länder haben geglaubt, sich vorbehalten zu müssen, leistungsschwachen Sparkassen zwecks Auffüllung des Aufwertungssatzes auf 12½ v. H. einen Teil der Überschußbeträge über 12½ v. H., die bei anderen Kassen sich ergeben, zuzuwenden. In den übrigen Ländern wird der Überschußbetrag über 12½ v. H., der bei den einzelnen Sparkassen sich ergibt, nicht zur Auffüllung des Aufwertungssatzes auf 12½ v. H. bei leistungsschwachen Sparkassen, sondern zur Erhöhung des Normalsatzes von 12½ v. H. zugunsten der Spargläubiger verwendet.

Blutiges Ende einer Hochzeitsfeier.

Liegnitz. In Pohlwitz, Kreis Liegnitz, wurde vor dem dortigen Gasthof nach einer Hochzeitsfeier der Sohn des Gemeindevorstehers, der Mitglied des Stahlhelms ist, von drei Stallschweizern aus Nikolsdadt mit Holzscheiten überfallen und derart zugerichtet, daß er nach zwei Stunden verstarb. Die Täter wurden verhaftet.

Bootsunfälle auf dem Neckar.

Heidelberg. Auf dem Neckar oberhalb Heidelberg ereigneten sich zwei schwere Bootsunfälle. Ein mit fünf Personen aus Mannheim besetztes Boot, das zum erstenmal im Gebrauch war, kippte oberhalb Neckarsteinach um; zwei der Insassen ertranken. Ferner wurde an der Stiftmühle ein Paddelboot vollgeschlagen. Der Insasse ist ebenfalls ertrunken.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	20. 6.	18. 6.		20. 6	18. 6.
Weiz., märk.	—	—	Weizkl.f.Brl.	15,0-15,2	15,0-15,2
pommersch.	—	—	Roggkl. f.Brl.	17,5-17,7	17,5-17,7
Rogg., märk.	278-280	278-280	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	42-57	42-55
Braugerste	241-275	241-275	kl.Speiseerb.	27-30	27-30
Futtergerste	—	—	Futtererbsen	22-23	22-23
Hafer, märk.	254-260	254-260	Peluschken	20-22	20-22
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	21-23	21-23
westpreuß.	—	—	Wicken	22,0-24,5	22,0-24,5
Weizenmehl			Lupin.,blaue	15,0-16,0	15,0-16,0
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	16,0-18,0	16,0-18,0
Bln.br.inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	15,4-15,8	15,4-15,8
Mrk. ü. Not.	37,5-39,5	37,5-39,5	Leinkuchen	19,6-19,9	19,6-19,9
Roggenmehl			Trockenschn.	12,6-13,2	12,6-13,2
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,2-19,8	19,2-19,8
Berlin br.			Torfm.30/70	—	—
inkl. Sack	35,5-37,5	35,5-37,5	Kartoffelflck	—	—

Gesundheitspflege auf dem Lande.

Für die Förderung der Gesundheitspflege auf dem Lande ist zurzeit der große Gesundheitsfeldzug unter Leitung des Reichsausschusses (und in Preußen des Landesausschusses) für hygienische Volksbelehrung im Gange. Die Zeit vor den Schulferien wird überall ausgenutzt, um durch die Lehrerschaft den Schulkindern selbst und durch ihre Vermittlung wiederum den Eltern die einfachsten Grundsätze gesundheitlicher Lebensführung nachdrücklich und anschaulich vor Augen zu führen. Die gesamte Ärzteschaft, an erster Stelle die Kreisärzte, beteiligt sich an der Aufklärungsarbeit, die zurzeit, da jetzt in den meisten Landesteilen die erste Heuernte zu Ende geht und das Korn noch nicht reif ist, auch bei der erwachsenen Landbevölkerung eine gewisse Aufnahmebereitschaft finden wird; natürlich soll die begonnene Arbeit mit dem organisatorischen Apparat, der gegenwärtig aufgebaut wird, im Herbst und Winter, wo man auf dem Lande mehr freie Zeit hat, fortgeführt werden. Die Organisationen der Krankenkassen, Apotheker und Drogisten haben sich — schon im wohlverstandenen eigenen Interesse — der Mitwirkung nicht versagt; auch die Geistlichkeit wird den Anlaß benutzen, um von der Kanzel und in der Seelsorge auf die sittliche Bedeutung gesunder Lebensführung und auf den Zusammenhang zwischen körperlicher und seelischer Reinheit hinzuweisen.

□ Falsche Reichsbanknoten über 100 Reichsmark. Von den in Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 100 Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 ist neuerdings eine Fälschung festgestellt worden, die an den nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen zu erkennen ist. Papier: Lappig, dünner, weicher im Griff. Pflanzenfasern: Durch hellrote und hellgrüne, in das Papier eingearbeitete Fasern nachgeahmt. Wasserzeichen: Auf der Vorderseite durch Aufdruck in hellgrüner Farbe vorgetäuscht. In der Durchsicht unklar, kaum lesbar. Gemusterte Blindprägung: In der Zeichnung der echten ähnlich, jedoch schwächer geprägt. Im Kontrollstempel fehlt über der kleinen Verzierung in der Mitte der Punkt. Vorderseite: Verschwommener Gesamteindruck. Im Frauenbildnis fehlen die feinen Schattenlagen. Der Schleier der Haube hebt sich nur wenig vom Hintergrunde ab. Die Haube endet rechts (vom Beschauer aus gesehen) auf der Wange in einem abgerundeten anstatt eckigen Teile. Der darunter befindliche Einschnitt im Schleier ist abgerundet anstatt spitzwinklig. Der Adlerstempel ist dick, mit falschen, größeren Typen gedruckt. Rückseite: Gesamteindruck tonig wirkend. Der Strafdruck ist gequetscht und unsauber wiedergegeben. Kontrollnummer: Mit ungleichen falschen Typen eingefügt. Vor Annahme dieser Fälschung wird gewarnt. Für die Aufdeckung der Falschmünzerwerkstatt und dahinführende Angaben an die Polizeibehörde hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 Mark ausgesetzt.

Kongresse und Versammlungen.

k. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Deutsche Landwirtschaftsrat begann seine 57. Vollversammlung mit einer Geschäftssitzung. Zur organischen Einfügung der neu errichteten Landwirtschaftskammer für Oberschlesien in Oppeln wurden die Satzungen entsprechend geändert. Der Geschäftsbericht, den das geschäftsführende Vorstandsmitglied Regierungspräsident a. D. Dr. Kutscher erstattete, wurde genehmigt. Darauf berichtete Dr. Rosenbrock über die Eisenbahntarifreform.

k. Die Stadt Königsberg begrüßt den Kirchentag. Im Großen Saale der Stadthalle versammelten sich die Mitglieder des Kirchentages und die Spitzen sämtlicher in Königsberg anwesenden Behörden des Staates und der Stadt. Nach mehreren Begrüßungsreden dankte der Präsident des Kirchentages, D. Freiherr von Pechmann. Er betonte, daß der Evangelische Kirchentag nicht auf die Erreichung politischer Macht ausgehe. Innerhalb des Reiches müßten die evangelischen Kirchen nur unversehrt bleiben. Sie dürften in keiner Weise gehindert und zurückgehalten werden, wenn es gelte, die Sendung auszurichten, die sie auszurichten hätten. Wenn jeder in seinem heimatlichen Wirkungskreis von der Not des Deutschtums dieser Provinz spreche, so erscheine ihm das als eine Form des Dankes, mit der Ostpreußen am allerbesten gedient sei.

Kinderfest-Ausschuß.

Die Mitglieder des Kinderfest-Ausschusses und alle Personen, die Interesse am Schulfeste haben, werden hiermit zu einer

Sitzung am Freitag, den 24. Juni 1927, abends 8½ Uhr im **Siegeskranz** freundlichst eingeladen. **Schröder.**

Versteigerung.

Im Auftrage des Konkursverwalters versteigere ich am **Sonnabend, den 25. Juni 1927, von nachmittags 2 Uhr ab** im Gasthof zum **Goldenen Ring** in **Annaburg:**

einen größeren Posten Obst- und Gemüse-Konserven, Seelig's Kornkaffee, Torgauer Malz- u. Kornkaffee, Graupen, Reis, Zucker, Cichorien, Bohnerwachs, Schuhcreme, Wäscheklammern und anderes mehr

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Gallo, Ober-Gerichtsvollzieher in **Prettin.**

Am Donnerstag, den 23. Juni, in Annaburg:

Rindvieh-, Pferde-, Schweine- und Krammarkt.

Von 5 Uhr ab Tanzmusik auf 2 Sälen.

Bekanntmachung.

Die ehemal. **Hollmig'sche Wiese,** im **Bruch** belegen, soll am **Mittwoch, den 22. d. Mts., um 18 Uhr** öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Annaburg, den 18. Juni 1927.

Der Gemeinde-Vorstand.

Beabsichtige meine **10 Morgen** große

Wiese in d. Nachthainichte

(Annaburger Flur — Ecke Franzosenwinkel) zu **verpachten** oder zu **verkaufen.**

Hildebrand, Rade.

Eine Ladung

Portland-Zement,

frisch eingetroffen, empfiehlt

Wilhelm Kunze.

Bekanntmachung.

Eine **Geldtasche** mit Inhalt als gefunden abgegeben.

Annaburg, d. 21. Juni 1927

Der Amtsvorsteher.

Eine Wohnung,

bestehend aus 3 Zimmern, Küche mit Speisekammer, Keller, Bodenraum und Garten in meinem Bier-Familienhaus, **Talstraße,** zu vermieten.

Wilhelm Kunze.

Brennholz

auch in **Ofenlängen**

liefert laufend frei Hof

Wilhelm Kunze.

Die grobe

Beleidigung,

die ich gegen Frau **Frieda Noack** ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre die Behauptung als eine von mir erdachte Lüge.

Anna Kaiser,
Colonie Naundorf.

Ia. Matjesheringe
neue saure Gurken
neue Kartoffeln

empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Frachtbriefe

empfiehlt die Buchdruckerei

Fahrräder

Opel, Brennabor, Continental

Nähmaschinen

Marke **Naumann :: Köhler**

Zentrifugen Marke **Diabolo u. Miele** | **Sprechapparate, Platten** allergrößte Auswahl

Anzahlung 20.00 Mk., Abzahlung monatlich 10.00 Mk.

Sämtliche vorkommenden **Reparaturen**

— werden vom Fachmann ausgeführt —

Emaillier-Anstalt ◆ Benzinstation ◆ Autogenschweißerei

Fritz Rödler, **Annaburg,** Markt 20

— Fernruf 253 —

Kontobücher

in verschiedenen Stärken und Liniaturen aus gutem Papier und dauerhaft. Einband sind vorrätig bei:

Herm. Steinbeiß, Papierhdlg.

Beste u. billigste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern

wie von der Gans gerupft m. allen Daunen, Pfd. 2,50 M., dieselben doppelt gewaschen und gereinigt 3,00 M., sehr zarte 3,50 M. Prima kl. weißer Rupf (Halbdaune) 5,00, sehr zarte 6,00 M., Edel ¾ Daune 6,50 M., Ia. Flockendaune 9,00 M., sehr zarte 10,00 M., gerissene Federn mit Daunen 3,40 M., bessere 4,25 M., weiße 5,00 M., prima Gänseschleißdaunen 6,00 M., bessere 7,00 M., sehr zarte 8,00 M., Ia. 9,00 M. Für reelle, staubfreie Ware leiste Garantie und nehme, was nicht gefällt, auf meine Kosten wieder zurück. Versand gegen Nachnahme.

Rudolf Gielisch, Neutrebbin Oderbruch).

Fischmehl

wieder frisch eingetroffen bei

J. G. Fritzsche.

Brief-Ordner
Schnellhefter

in Quart- u. Folio-Format, empfiehlt

H. Steinbeiß.

Am Sonntag, den 26. Juni 1927

veranstaltet das

Arbeiter-Sportkartell

auf dem **Schloßplatz** den

Arbeiter-Reichssporttag.

Festfolge:

Vormittags 9 Uhr: **Staffettenläufe der Turner und Turnerinnen** durch die Straßen Annaburgs.

Vormittags 9 ¾ Uhr: **Massenstiellauf** nach dem Markt. Probe der Massenfreiübungen auf dem Markt. Anschließend **Konzert des Tambourkorps.**

Vormittags 11 Uhr: **Rückmarsch** nach dem Bürgergarten.

Nachmittags 1½ Uhr: Abmarsch zum Umzug durch die Straßen Annaburgs zum Schloßplatz. Dortselbst: **Begrüßungslied, Massenfreiübungen der Turner, Turnerinnen, Fußballer, Schüler und Schülerinnen. Morsenreigen der Radfahrer,** sowie **Faustballspiele, Tamborin, Leichtathletik, Lauf- und Reckspiele, Singtänze, Seilspringen** und eine **humoristische Staffette der Schüler. Konzert des Tambourkorps.**

Abends 6 Uhr: **Einzug** zum Bürgergarten.

Abends 8 Uhr: **Festball** im **Bürgergarten** u. in der **Neuen Welt.**

Festbeitrag 30 Pfennig.

Sportfreunde von Annaburg und Umgegend sind hierzu höflichst eingeladen.

Arbeiter-Sportkartell.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719270621-17/fragment/page=0004

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
Zu Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 73. **Dienstag, den 21. Juni 1927.** **30. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte der Reichsfinanzminister, die Besoldungserhöhung der Beamten solle zum 1. Oktober durchgeführt werden.

* Bei einem unwesentlichen Zwischenfall wurde an der Memelgrenze ein deutsches Mädchen von einem litauischen Posten erschossen.

* Die amerikanischen Atlantikflieger, die in Wien eingetroffen sind, haben von München aus eine Dankeskundgebung an das deutsche Volk gerichtet.

* Marschall Tschangtsolin ist in Peking feierlich zum Diktator von China ausgerufen worden.

Berichterstattung Dr. Stresemanns.

Vor der außenpolitischen Debatte.

Die deutsche Delegation, die Deutschland auf der letzten Völkerbundratstagung vertrat, ist wieder nach Berlin zurückgekehrt. Nachdem Reichsaußenminister Dr. Stresemann dem Reichspräsidenten, der übrigens auch den Reichskanzler Marx zu einem Vortrag über die innenpolitische Lage empfangen hat, Bericht über die Ergebnisse der Genfer Ratstagung erstattet hatte, beschäftigte sich auch das Reichskabinett mit der letzten Völkerbundratstagung. Im Laufe dieser Woche, wahrscheinlich am Donnerstag, wird auch der Reichstag Gelegenheit nehmen, während einer großen außenpolitischen Debatte über die Vorgänge in Genf zu sprechen. Wie es heißt, wird der Reichsaußenminister die Aussprache mit einer großen Rede einleiten, in der er einen Rechenschaftsbericht über die Genfer Ratstagung geben wird. Die Regierungsparteien beabsichtigen zu dieser Aussprache nicht einzelne Fraktionsredner vorzuschicken, sondern eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Diesbezügliche interfraktionelle Besprechungen sind bereits im Gange. Viel beachtet in politischen Kreisen wurde die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Montag, die sich mit Genf beschäftigt haben soll. Im übrigen ist auch damit zu rechnen, daß Dr. Stresemann in seiner großen außenpolitischen Rede auf die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten in Lunéville zurückkommen wird.

Von gut unterrichteter politischer Seite, die Kreisen der deutschen Genfdelegation nicht ganz entfernt stehen soll, wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Genfer Vorgänge von dem Gesichtspunkt der europäischen Politik aus betrachtet werden müssen. Es wird von dieser Seite betont, daß in Genf die Frage des europäischen Friedens diesmal entscheidend war. Von keiner beteiligten Seite seien Deutschland in bezug auf Rußland irgendwelche Verpflichtungen auferlegt worden. Deutschlands Stellung sei in dieser Frage durch die Verhandlungen in Genf gestärkt worden. Weiter wird erklärt, daß die Memelbeschwerde durch die zwischen Dr. Stresemann und Woldemaras getroffenen persönlichen Vereinbarungen auch nicht befriedigender durch das Eingreifen des Völkerbundrates hätte erledigt werden können. Allgemein wird bedauert, daß Briand durch seine Augenerkrankung, von der er tatsächlich befallen worden ist, vorzeitig Genf verlassen mußte. Durch die plötzliche Abreise sollen aber die Verhandlungen, bei denen es sich um die Herabminderung der Besatzungsstärke handelte, keineswegs auf das tote Gleis gekommen sein. Zum Schluß wird betont, daß es sich bei der Zuwahl Deutschlands in die Mandatskommission durchaus um die Wahrung eines deutschen Interesses handele. Es wird darauf hingewiesen, daß im ehemaligen Deutsch-Ostafrika jetzt noch 800 deutsche Ansiedler leben, ebenso seien auch in Kamerun deutsche Interessen zu wahren. Deutschland müßte also auf den Sitz in der Mandatskommission Wert legen.

Eröffnung der Sitzung des Mandatsausschusses.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes hat seine elfte Tagung mit einer öffentlichen Sitzung eröffnet. Nach der einstimmigen Wiederwahl seines langjährigen Präsidenten, Teodoli (Italien), nahm der Ausschuß den Bericht der Mandatsabteilung des Völkerbundes entgegen und stellte seine Tagesordnung fest, auf der auch gemäß des Ratsbeschlusses der letzten Woche die Frage der Erweiterung des Ausschusses durch ein deutsches Mitglied steht. Die Frage wird, wie fast die gesamte Tagesordnung, also auch eine Bittschrift vom „Bund der deutschen Togoländer", in nichtöffentlicher Sitzung im Laufe der auf etwa vierzehn Tage berechneten Tagung entschieden werden.

Die Genfer Seeabrüstungskonferenz.

Die Genfer Seeabrüstungskonferenz, oder, wie sie auch nach ihrem Einberufer kurz genannt wird, die Coolidge-Konferenz, hat am Montag in Genf ihre Arbeiten aufgenommen. Den Vorsitz auf der Konferenz führt der Gesandte der Vereinigten Staaten in Brüssel, Gibson. Diese Dreimächtekonferenz, zu der einige Staaten auch einen Beobachter entsenden, ist die Fortsetzung der Washingtoner Konferenz vom November 1921, die die Gesamttonnage der Großkampfschiffe für die Vereinigten Staaten und Großbritannien auf je 525 000 Tonnen, für Japan auf 315 000 Tonnen und für Frankreich und Italien auf je 175 000 Tonnen beschränkte. Das Abkommen bestimmte ferner, daß Großkampfschiffe über 35 000 Tonnen nicht gebaut werden sollen und keine Geschütze über 406 Millimeter tragen dürfen. Die jetzige Konferenz soll nun das Abkommen auf die kleineren Schiffstypen, Kreuzer, Torpedo- und U-Boote erweitern.

Die Erhöhung der Beamtenbesoldung.

Ab 1. Oktober 1927.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte bei Beratung von Anträgen über die Besoldungserhöhung für die Beamten der Reichsfinanzminister, daß die Regierung bereit sei, ab 1. Oktober eine Besoldungserhöhung vorzunehmen, sofern nicht katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse eintreten. Dabei soll eine grundlegende Änderung der Besoldungsordnung vorgenommen und nicht nur prozentuale Zuschläge gewährt werden. Eine Anleihe komme für die Besoldungsvorlage selbstverständlich nicht in Frage. Post, Eisenbahn, den Gemeinden und Ländern müßte eine Neuregelung selbst überlassen bleiben. Demnächst würde eine gemeinsame Sitzung der Länderfinanzminister mit dem Reichsfinanzminister in Berlin über diese Frage stattfinden. Der preußische Finanzminister habe ihm mitgeteilt, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter in Preußen vor dem 1. Oktober gleichfalls nicht in Frage käme.

Neuregelung der Beamten

Erhöhte Bezüge für Pensionäre und Kri

Zu den von der Beamtenschaft geäußer
hat das Reichskabinett Stellung genommen
Beschluß gefaßt:

„Die Reichsregierung verschließt sich
kenntnis, daß die Bezüge der Beamtensch
auf die gesteigerten Lebenshaltungskosten
sind, und ist daher auch aus staatspolitischen
willt, die wiederholt versprochene Aufbe
Bezüge durchzuführen.

Die Reichsregierung glaubt in der Ann
Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaft
treten wird, zusagen zu können, daß noch
Kalenderjahres mit Wirkung vom 1. Oktob
durchgreifende, alle Beamtengruppen unsf
der Beamtenbesoldung erfolgen wird. Zu
ministerium ist man dementsprechend n
arbeitung eines Entwurfes bes
einer durchgreifenden Regelung der Bez
Änderung des derzeit geltenden Bes
bringen und die teilweise wohlberechtigte
beseitigen soll, die sich seit dem Jahre 1920
und sowohl Gegenstand der parlamentar
lung sowie zahlreicher Vorstellungen der B
waren. Das heutige Besoldungssystem a
und darauf prozentuale Zuschläge zu gebe
sichtigt. Auch soll keine Teillösung der
durch Gewährung vorläufiger Abschlagsz
werden.

Die Bezüge der Ruhestands- und Wart
sowie der Hinterbliebenen sollen bei dieser Regelung eine entsprechende Angleichung erfahren.

Erhöhung landwirtschaftlicher Zollsätze.

Revision des deutschen Zolltarifgesetzes.

Das Reichskabinett hat sich mit schwebenden Zolltariffragen beschäftigt. Das Kabinett steht in diesen Fragen auf dem Boden der Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es wird demgemäß unverzüglich der Reichswirtschaftsrat um Erstattung eines Gutachtens unter Zuziehung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages über eine Revision des deutschen Zolltarifgesetzes zwecks Herabsetzung des Zollniveaus ersucht werden. Sodann sollen entsprechende Vorschläge beschleunigt den gesetzgebenden Körperschaften zugehen. Die Beachtung der Grundsätze der Weltwirtschaftskonferenz schließt nicht aus, daß mit Rücksicht auf die Existenz der bäuerlichen Betriebe und im Interesse der inneren Kolonisation einzelne landwirtschaftliche Zollsätze eine gewisse Erhöhung erfahren. Auf Grund dieser Erwägungen hat das Kabinett beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften die Erhöhung des autonomen Kartoffelzolles auf eine Mark vom 1. Dezember 1927 ab sowie die Streichung des Zwischenzolles für Schweinefleisch vorzuschlagen, so daß bezüglich des Schweinefleisches der Zollsatz des schwedischen Handelsvertrages von 32 Mark praktische Bedeutung erlangt.

Bekanntlich hat außerdem das Kabinett schon früher die Erhöhung des autonomen Zuckerzolles auf 15 Mark unter erheblicher Heraufsetzung der Zuckersteuer beschlossen. Alle übrigen Zollsätze, wie auch das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch, sollen in der gegenwärtigen Höhe bestehen bleiben. Die ganze Regelung soll unbeschadet der den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreitenden Senkungsvorschläge bis zum 31. Dezember 1929 gelten.

Die Lage der deutschen Zeitungen.

Die wirtschaftliche Konjunktur.

Nach Beginn der eigentlichen geschäftlichen Beratungen des in Dresden versammelten Vereins Deutscher Zeitungsverleger, an denen über 700 Verleger aus dem ganzen Reiche teilnehmen, wies der Vorsitzende, Dr. Krumbhaar-Liegnitz, auf die wichtigen Fragen der Neuformung des Presserechts und Reform des Strafgesetzbuches hin.

Die Versammlung genehmigte den Jahresbericht, die Jahresrechnung und wählte die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wieder. Über die allgemeine Lage der deutschen Zeitungen sprach dann Dr. Krumbhaar. Er führte aus, daß von einer guten Konjunktur angesichts der ungeheuren Reparations- und Steuerlasten noch lange keine Rede sein könne. Er trat entschieden für eine vermehrte Eigenpropaganda der Zeitungen ein. Die Tätig- Aufrechterhaltung der Vormacht- eige, eine der wichtigsten aktuellen verlegerschaft, müsse die nachhal- r einzelnen Zeitung finden. Ins- h, die bei Behörden und Wirt- ach anzutreffende Verkennung der ung der Zeitungsanzeige zu be-

atte wurde als nächster Tagungs- Zum Schluß fand Dr. Jänicke- e Zustimmung der Versammlung, st aufforderte, ihre Mitarbeit und nen Volksgabe zu leihen, die dem indenburg zu seinem 80. Geburts- olke dargebracht werden soll. Für egrüßungen durch den Reichs- den Reichskanzler wurden andt. Die Tagung schloß mit ver- ranstaltungen.

sche Rundschau.

eutsches Reich.

ngerung des Sperrgesetzes.

en des Thüringischen Landtages mit der Kommunisten haben der Reichs- Reichstagsfraktionen eine Erklärung zugehen lassen: „Der am 30. Juni rstehende Ablauf der sogenannten die Auseinandersetzung zwischen den äusern und dem Lande Thüringen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geltung des Gesetzes über die Auseinandersetzung der Reststreitigkeiten, über die Auseinandersetzung mit den ehemaligen regierenden Fürstenhäusern vom 13. Februar 1926 und über Aussetzung von Verfahren bei Auflösung von Familiengütern der Fürstenhäuser vom 30. April 1926 bis auf weiteres nochmals verlängert wird."

Deutsch-polnischer Rechtsstreit.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat beschlossen, den deutsch-polnischen Rechtskonflikt in der Angelegenheit der Stickstoffabrik von Chorzow unter den ihm zur Entscheidung vorliegenden Streitfällen als ersten zu behandeln. Die erste öffent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719270621-17/fragment/page=0005